

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1947**

7 (13.2.1947)

# BADISCHE Volksstimme

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 7

Mannheim, 13. Februar 1947

Preis 10 Pfg.

## Deutschland vor der Moskauer Konferenz

### Wichtige EntschlieÙung des Parteivorstandes der SED

Der Parteivorstand der SED nahm in einer EntschlieÙung zur gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage unseres Volkes Stellung, in welcher er feststellt, daß leider heute noch nicht in ganz Deutschland die entscheidende nationale Aufgabe, die Vernichtung der alten verderblichen Kräfte, welche unser Volk in das Chaos führten, gelöst worden ist.

Auch die Tagung der SPD in Köln mußte feststellen, daß in den westlichen Zonen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung wieder dieselben Kräfte herrschen, welche die gegenwärtigen Zustände in Deutschland herbeigeführt haben.

In der Ostzone ist die demokratische Bodenreform durchgeführt.

In den westlichen Zonen festigt sich die Macht der reaktionären, militaristischen Junker.

In der Ostzone sind die Kriegs- und Nazi-verbrecher enteignet.

In den westlichen Zonen festigen die monopolistischen Kapitalisten ihre Position und versuchen, den deutschen Imperialismus zu retten.

In der Ostzone ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter gesichert.

In den westlichen Zonen versucht man, das schaffende Volk von der Mitbestimmung in der Wirtschaft auszuschalten.

In der Ostzone sind die Kräfte der Demokratie stark.

In den westlichen Zonen haben sich die Angriffe der Reaktion bis zu terroristischen Bombenangriffen gesteigert.

In der Ostzone ist die Forderung verwirklicht: „Alle Macht dem Volke“.

In den westlichen Zonen schaltet eine „autoritäre Demokratie“ den Volkswillen und die Kontrolle von unten aus.

In der Ostzone hat die Industrieproduktion 70 Prozent der Friedensfertigung erreicht. Der wirtschaftliche Aufstieg bessert die Ernährung und die Lebenshaltung des schaffenden Volkes.

In den Westzonen hat die Wiedereingangssetzung der Industrieproduktion kaum die Hälfte der in der Sowjetzone erreicht. Trotz Zweizoneneinheit geriet die Wirtschaft in gefährliche Ueberfremdung und Niedergang. Die Lage des schaffenden Volkes und die Volksernährung verschlechtert sich.

In der Ostzone tritt die Bevölkerung für den Aufbau der einheitlichen, unteilbaren deutschen demokratischen Republik bei dezentralisierter Verwaltung ein.

In den westlichen Zonen bedrohen partikularistische und föderalistische Tendenzen die nationale Existenz unseres Volkes und drohen, Deutschland zur Kolonie zu machen.

Die Politiker, welche erklären, die wirkliche Macht liege bei den Militärregierungen, die der deutschen Politik den Kurs vorschreiben, wollen damit nur den eigenen mangelnden Willen zur tiefgreifenden demokratischen Neugestaltung Deutsch-



**Gegen Militarismus  
und Junkertum,  
für die Einheit  
Deutschlands!  
KPD**

lands und zur Vertretung der konsequenten Volksinteressen entschuldigen. Der Parteivorstand der SED erklärt dagegen:

„Von uns Deutschen selbst hängt es ab, welchen Weg wir beschreiten und zu welchen Ufern wir streben!“

Was ergibt nun die Bilanz, die vor der Moskauer Konferenz zu ziehen ist?

Im Osten Deutschlands ist ein neuer Weg, der richtige Weg beschritten!

Im Westen und Süden werden die nach 1918 begangenen Fehler wiederholt!“

Das politische Fundament der in der Sowjetzone erzielten Fortschritte und Erfolge ist die Einheit der Arbeiterbewegung als wahrhaft demokratische Kraft im Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien.

In den westlichen Zonen fehlt das politische Fundament zum Aufbau einer festen, demokratischen Ordnung, weil die Spaltung der Arbeiterbewegung erhalten und vertieft und damit auf die Führung der Arbeiterklasse und den Block der antifaschistisch-demokratischen Kräfte verzichtet wurde.

„In der Ostzone ist der Erfolg der Demokratie gesichert; die Entwicklung führt unmittelbar an die Schwelle zum Sozialismus heran und schafft die Voraussetzungen für die sozialistische Umgestaltung der ganzen Gesellschaft.“

Im Westen und Süden Deutschlands ist die Demokratie eingeeengt; die Entwicklung droht zurück in die Vergangenheit, zur Wiederaufrichtung des monopolistischen, deutschen kriegsschwangeren Kapitalismus zu führen.“

„Die Wiederholung der nach 1918 begangenen Fehler droht unser nationales Unglück zu vergrößern. Das dringende Gebot der Stunde ist die Abkehr von dem alten, falschen Weg!“

Unsere Sorge gilt nicht nur einer einzelnen Zone; sie gilt dem Vaterland, das Deutschland heißt! Sie gilt der Sicherung der Demokratie und des Friedens!

Das einzige Mittel, die drohende Gefahr abzuwenden, erklärt die EntschlieÙung der SED, ist die Zusammenarbeit aller Teile der Arbeiterbewegung, und deshalb wird die Münchener EntschlieÙung der SPD, welche sich wieder auf die alte, schädliche Koalitionspolitik orientiert, tief bedauert und eindringlich an die SPD und KPD der westlichen Zonen appelliert, die Zusammenarbeit aufzunehmen, denn

„Nur die Einheit der Arbeiterbewegung sichert die Einheit Deutschlands!“

Der Aufruf schließt mit den Worten:

„Wir sind zum gemeinsamen Handeln mit allen deutschen, antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen bereit, um die im Zusammenhang mit der Moskauer Konferenz stehenden Aufgaben zu lösen.“

Im Bewußtsein der Kraft unserer geeinten sozialistischen Partei, in der Erkenntnis der Richtigkeit unseres Weges rufen wir die Arbeiter und das schaffende Volk in ganz Deutschland auf, unseren großen gerechten Kampf zu unterstützen und der Sache der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus zum Siege zu verhelfen!“

## Das Betriebsrätegesetz vor dem Landtag

Das Gesetz des Länderrats zur Durchführung und Ergänzung des Kontrollratgesetzes Nr. 22 (Betriebsrätegesetz) fand die Mißbilligung aller Parteien. Der Antrag der Kommunisten im sozialpolitischen Ausschuß, welcher die Vorlage eines neuen Betriebsrätegesetzes verlangt, das dem Artikel 22 der württ.-bad. Verfassung auf Mitbestimmung gerecht wird, wurde auch im Landtag einstimmig angenommen.

Für die Kommunistische Fraktion sprach

**Paul Schreck.**

Er wies darauf hin, daß die kapitalistischen Wirtschaftsführer innerhalb einer Generation das deutsche Volk zweimal in eine nationale Katastrophe geführt haben und daß deshalb die Kräfte des Kapitalismus nie wieder allein bestimmend in Politik und Wirtschaft werden dürfen. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter muß bei der gesamten Produktion vom Einzelbetrieb beginnend und bis in die höchste Spitze der zentralen Wirtschaftsorganisation verwirklicht werden.

Scharf trat Paul Schreck den Scharfmachern aus den Reihen der Unternehmerorganisationen entgegen, die auch heute wieder, genau wie im dritten Reich, den „Horrm-im-Hause-Standpunkt“ vertreten, das verfassungsmäßig verankerte Recht der Arbeiter auf Mitbestimmung bestreiten und das

Zustandekommen von Betriebsabkommen verhindern wollen.

Das Betriebsrätegesetz des Kontrollrates gibt den Betriebsräten das Recht, mit den Arbeitgebern betriebliche Vereinbarungen abzuschließen und nach Artikel 22 unserer Verfassung sind die Vertreter der Arbeitnehmer „an der Verwaltung und Gestaltung der Betriebe“ zu beteiligen. Und Artikel 23 bestimmt ausdrücklich, „daß die Arbeiter und Angestellten dazu berufen sind, in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“. Das zukünftige Betriebsrätegesetz muß auf diesen dargelegten und verfassungsmäßig garantierten Rechten aufbauen. Die Kommunisten werden dieses Gesetz in den Betrieben zur Diskussion stellen, damit alle Arbeiter und Angestellten dazu Stellung nehmen und ihren Willen zur Schaffung eines wirklich demokratischen Betriebsräte-Gesetzes zum Ausdruck bringen können.

## Sofortige Hilfe für Kriegsbeschädigte

Arbeitsminister Rudolf Kohl hat mit dem Finanzminister vereinbart, daß mit sofortigen Zahlungen an Kriegsbeschädigte begonnen wird.

## Die Aufgabe im Westen:

### Zusammenarbeit, Sammlung und Vereinigung!

Auf der 8. Tagung des Parteivorstandes der SED erklärte Otto Grotewohl:

„Die Kommunistische Partei und die Sozialdemokratische Partei haben sich im Osten Deutschlands vereinigt. Diese Vereinigung ist die unbedingbare Voraussetzung für die Demokratisierung Deutschlands. Darum haben wir auch bisher darauf verzichtet, in den Westzonen Deutschlands Ortsgruppen der SED zu gründen.“

„Unser Ziel ist es nicht, aus zwei Arbeiterparteien drei zu machen, sondern aus zwei eine.“

Diese Erklärung ist bedeutsam angesichts des Bestrebens vieler SPD- und KPD-Genossen, welche eine organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung auch im Westen heute schon schaffen möchten, ohne daß die erforderlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind. Ihre Ungeduld läßt sie vergessen, daß man den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun kann und daß die Einheit der Arbeiterbewegung ein Prozeß ist, der erwachsen muß aus der fruchtbaren Zusammenarbeit der Arbeiterparteien bei der Lösung der Lebensfragen unseres Volkes.

Einer unserer Freunde hatte vor kurzem die Gelegenheit, mit dem Mitglied des Parteivorstandes der SED, Franz Dahlem, über die Arbeiterbewegung im Westen Deutschlands zu sprechen.

Franz Dahlé ist der unerschütterlichen Überzeugung, daß die Einheit der Arbeiterklasse ganz Deutschland unerläßliche Voraussetzung für die Einheit und den Wiederaufstieg Deutschlands überhaupt ist. Er verwahrt sich jedoch dagegen, in politische Gruppen und Grüppchen unter Mißbrauch des Namens der SED praktisch eine Aufspaltung der Arbeiterklasse betreiben. Er steht in dem gemeinsamen politischen Handeln der beiden Parteien und ihrem gemeinsamen außerparlamentarischen Kampf den einzig sicheren Weg zur Einheit der Arbeiterklasse und damit zur Einheit Deutschlands.

## Kommunisten des Saargebiets gegen Abtrennung

Die Kommunisten des Saargebiets nahmen auf der Bezirksdelegierten-Konferenz am 2. ds. Mts. die Entschließung an, in der es u. a. heißt:

„Da ungerechtfertigte Grenzschiebungen weder die Ursache kriegerischer Verwicklungen liquidieren noch die Erfüllung berechtigter Wiedergutmachungsansprüche garantieren, bedauert die KP, die während der Kriegshandlungen im Osten vorgenommenen Grenzveränderungen ebenso, wie sie die wirtschaftliche und politische Abtrennung von Deutschland ablehnt.“

Als einzige Partei im Saargebiet lehnen die Kommunisten den wirtschaftlichen und politischen Anschluß an Frankreich ab. Die Konferenz verurteilt die Enteignung der Kriegsgewinnler und die Übergabe der Schlüsselindustrie an das Saar, sowie die Kommunalisierung aller lebenswichtigen Betriebe. Der Chefredakteur der sozialdemokratischen Saarbrücker Zeitung, der Genosse Ernst Roth, nahm in der Diskussion das Wort und erntete lebhaften Beifall, als er forderte, daß die saarländische Industrie in die Hände des Saarvolkes überführt werden muß.

Mit dem Bekenntnis zur untellbaren deutschen demokratischen Republik endete die Konferenz.

## Gewerkschaftswahlen!

In den Betrieben und auf den Büros werden gegenwärtig wichtige gewerkschaftliche Wahlen durchgeführt. Der Vorsitzende des Württembergisch-Badischen Gewerkschaftsbundes, der Genosse Paul Schreck, gab unserem Berichterstatter folgende Aufklärung über diese Wahlen.

### 1. Welche Wahlen werden gegenwärtig durchgeführt?

Es handelt sich um die Wahl der Delegierten für die einzelnen Industriegruppen. Bekanntlich ist unser Gewerkschaftsbund in Industrieverbände oder Industriegruppen gegliedert. Eine Industrie — ein Verband — alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeitnehmer gehören z. B. zur Industriegruppe Metall ganz gleich welchen Beruf sie im einzelnen haben. Und für diese Industriegruppen werden gegenwärtig die Delegierten gewählt, Amtsdauer derselben 1 Jahr.

### 2. Welches ist die Aufgabe der Delegierten?

Alle gewählten Delegierten einer Industriegruppe kommen in der Regel 3monatlich zu einer Delegiertenversammlung zusammen. Die Delegiertenversammlung wählt die Ortsverwaltung der Industriegruppe auf die Dauer eines Jahres. Die Delegiertenversammlung legt ferner die Richtlinien fest, nach denen die Ortsverwaltung zu arbeiten hat und nimmt zu allen wichtigen Fragen Stellung, welche die Arbeiter- und Angestelltenschaft des Industriezweigs angehen.

### 3. Wie werden die Wahlen durchgeführt?

Die Wahlen werden auf streng demokratischer Grundlage durchgeführt. In Betriebsversammlungen der Gewerkschaftsmitglieder werden aus der Mitte der Belegschaft heraus die Delegierten vorgeschlagen und aufgestellt. Die so aufgestellte Vorschlagsliste wird im Betrieb allen Gewerkschaftsmitgliedern zur Kenntnis gebracht. In geheimer Wahl per Stimmzettel hat dann jedes Gewerkschaftsmitglied die Gelegenheit, dem Kandidaten seine Stimme zu geben, der sein Vertrauen besitzt.

### 4. Wie ist das Interesse an der Wahl?

In der Metallindustrie, wo die Wahlen bereits stattfanden, war ein sehr großes Interesse vorhanden. Es wurden immer mehr Kandidaten aufgestellt als zu wählen waren, so daß die Wähler reichliche Auswahl hatten. Alle Mitglieder beteiligten sich an der Wahl.

### 4. Werden sonst noch Wahlen durchgeführt?

Ja. Es werden noch die Vertreterwahlen für die Ortsausschüsse des Württembergisch-Badischen Gewerkschaftsbundes durchgeführt. Alle Industriegruppen eines Ortes gehören zum Bund. In den Mitgliederversammlungen der Industriegruppen werden die Vertreter für den Ortsausschuß gewählt. Die gewählten Vertreter kommen mindestens vierteljährlich zusammen. Der Vorstand des Ortsausschusses und die Vertreter der Gewerkschaften in sozialen, wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Körperschaften werden von der Vertreterversammlung gewählt. Der Vertreterversammlung obliegt auch die Entscheidung über alle gewerkschaftlichen Fragen im Rahmen des Ortsausschusses.

Die vorliegenden Darlegungen unseres Genossen Schreck dürften erkennen lassen, wie wichtig die gegenwärtig in den Betrieben stattfindenden Wahlen sind. Jedes Gewerkschaftsmitglied muß sich deshalb an diesen Wahlen beteiligen. Es müssen solche Arbeiter und Angestellten als Delegierte gewählt werden, welche sich rückhaltlos für das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen und für den Aufbau eines neuen und wirklich demokratischen Deutschlands einsetzen.

## Die Kommunisten fordern im Landtag:

# Öffentlichkeit der Gemeinde- u. Stadtratsitzungen

Die Sitzungen des Stadtrats waren nach der alten „Badischen Gemeindeordnung“ im Gegensatz zu denen des Bürgerausschusses nicht öffentlich, und so ist heute, nach dem Wegfall des letzteren, die Einwohnerschaft nicht mehr in der Lage, unmittelbar dem Gang der Verhandlungen zu folgen und die Tätigkeit der einzelnen Parteien zu kontrollieren, und auch die Presse hat keine Möglichkeiten, die Öffentlichkeit zu unterrichten, es sei denn über die äußerst mangelhafte Information seitens der städtischen Presseämter.

Dies ist ein Zustand, der im Interesse einer wirklichen Demokratie nicht mehr länger tragbar ist, zumal doch in der andern Hälfte unseres Landes, nämlich in Württemberg, die Sitzungen des Gemeinde- und Stadtrats öffentlich sind.

Bereits vor nahezu einem Jahr hat die Landesbezirksleitung Baden der Kommunistischen Partei sich an das Innenministerium gewandt und Abänderung dieses Zustandes gefordert. Die Stadträte einer ganzen Reihe von Orten, wie Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim u. a., haben geschlossen ebenfalls entsprechende Abänderung der „Badischen Gemeindeordnung“ gefordert.

Doch der Behördenweg ist lang, sehr lang und der Amtsschimmel reitet langsam. Landesdirektor Zimmermann vom Landesdirektorium des Innern hat bereits im Juli 1946 der Kommunistischen Partei und den einzelnen Städten mitgeteilt, daß er einen entsprechenden Gesetzesentwurf bereits ausgearbeitet habe, und daß dessen endgültige Annahme unmittelbar zu erwarten sei. Inzwischen ist ein Dreivierteljahr vergangen, und trotz immer wiederholter Anträge der Kommunistischen Partei ist buchstäblich nichts geschehen. Auch die Presse hat in einer ganzen Serie von Abhandlungen ver-

geblich die Herstellung der sofortigen Öffentlichkeit der Gemeinde- und Stadtratsitzungen gefordert.

Die Landtagsfraktion der Kommunistischen Partei hat, um endlich dem unerträglichen Zustand ein Ende zu bereiten, eine „Große Anfrage“ an die Regierung gerichtet, mit folgendem Wortlaut:

„Die Fraktion der KPD ersucht die Regierung um Auskunft, wie weit die Bearbeitung des Gesetzesentwurfs des Herrn Abgeordneten, Landesdirektor Zimmermann, Abänderung der Badischen Gemeindeordnung; die Zulassung von Presse und Öffentlichkeit zu den Gemeinderatsitzungen in Nordbaden betreffend, gediehen ist. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf den von allen Städten Nordbadens als unerträglich empfundenen Mißstand, daß bis heute weder Presse noch Öffentlichkeit auf Grund der überholten Badischen Gemeindeordnung zugelassen sind.“

Außerdem wurde von der Kommunistischen Landtagsfraktion folgender „Antrag“ eingebracht:

„Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung wird ersucht, das Landesdirektorium des Innern, Nordbaden, zu ermächtigen, bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung eine vorläufige Verordnung zu erlassen, die die Badische Gemeindeordnung in dem die Nichtzulassung von Presse und Öffentlichkeit zu Gemeinderatsitzungen betreffenden Teil außer Kraft zu setzen.“

Wir hoffen, daß durch das Vorgehen der Kommunistischen Partei der Verschleppungstaktik autokratischer Behörden jetzt endlich Halt geboten, und eine der elementarsten Voraussetzungen demokratischer Selbstverwaltung verwirklicht wird.

## Der Junker Bismarck — kein Militarist?

Die Bewohner einiger Stadtteile, insbesondere der Siedlungen Schönau und Gartenstadt, haben auf Anordnung der Stadtverwaltung allerlei neue Straßennamen, wie Waldgrubenweg, Anemonenweg, Narzissenweg usw. erhalten, welche sie sich bestimmt nicht selbst gewählt hätten, wenn man sie darüber befragt hätte. Im Sinne der Demokratie wäre es gelegen, die Bevölkerung bei der Schaffung neuer Straßennamen selbst mitwirken zu lassen und bei der Neubenennung dieser Straßen das Bestreben zur demokratischen Umgestaltung Deutschlands zum Ausdruck zu bringen.

Daß dies letztere nicht geschehen ist, daß man auch die Gelegenheit versäumt hat, die Bevölkerung in demokratischer Weise mitwirken zu lassen bei der Benennung von Straßen, in denen sie ja schließlich wohnt, ist bedauerlich.

Bedenklich aber ist, daß man bei diesem löblichen Werk, zu dem die Kommunistische Stadtratsfraktion schon seit Monaten durch verschiedene Anträge auffordert und das jetzt bezeichnenderweise erst auf Anordnung der Militärregierung durchgeführt wird, weil es eben durchgeführt werden muß, dabei vergessen hat, daß eine große Straße und ein Platz im Stadtinnern von Mannheim den Namen eines der markantesten Vertreter des preußisch-deutschen Militarismus, des reaktionären Junkers Bismarck, trägt.

Die Fraktion der Kommunistischen Partei im Mannheimer Stadtrat hat daher einen Antrag eingebracht, in dem es heißt:

„Laut einer Anordnung des Alliierten Kontrollrates müssen alle Straßen und Plätze, deren Benennung geeignet ist, den Geist des Nationalsozialismus und Militarismus, sowie der Kriegshetze wachzuhalten, umbenannt werden.“

Die Kommunistische Partei stellt den Antrag, im Zuge dieser Maßnahme auch die im Stadtinnern gelegene Bismarckstraße und den Bismarckplatz umzubenennen.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Junker Bismarck, der Mann des Sozialistengesetzes und des Kulturkampfes, der Schöpfer Preußend Deutschlands, am Anfang einer Entwicklung steht, die sich für das deutsche Volk und für den Frieden der Welt als unheilvoll erwiesen hat. Das Bismarckreich von Blut und Eisen wurde unter Anwendung von Vertragsbrüchen und Kriegen errichtet. Der preußische Polizeistaat des Junkers Bismarck ist der Vorläufer des Hitler-Reiches. Bismarck, der Repräsentant der Junker- und Militaristenkaste, würde heute, lebte er noch, bestimmt in Nürnberg auf der Anklagebank sitzen.

Eine Stadt wie Mannheim, die am Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands mitarbeiten will, kann daher unmöglich den Namen eines solchen Mannes in einer ihrer bedeutendsten Straßen verewigen.

Der technische Ausschuss der Stadt Mannheim hat daher dem Stadtrat baldigst einen Vorschlag auch für die Umbenennung dieser Straße zu unterbreiten.

Erstaunlicherweise sind manche maßgebliche Personen der merkwürdigen Ansicht, daß Bismarck kein preußischer Junker, kein Reaktionär und kein Militarist gewesen sei, denn in dem zuständigen Ausschuss wurde der obige Antrag auf Durchführung der Umbenennung mit 3 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Die Kommunistische Partei hat beantragt, daß die Vollversammlung des Stadtrats darüber abstimmt, ob in einer Stadt wie Mannheim, in der die Mehrheit der Bevölkerung die beiden Arbeiterparteien beauftragt hat, die Interessen der werktätigen Bevölkerung zu vertreten, die Erinnerung an den reaktionären preußischen Junker und Militaristen Bismarck weiterleben soll oder nicht.

## Aus aller Welt

# Die erste Frau in der italienischen Regierung wird die Kommunistin Maria Rossi als Unterstaatssekretär für Nachkriegshilfe und Pensionswesen sein.

# Die erste Frau in der britischen Regierung, Unterrichtsministerin Miss Ellen Wilkinson, ist gestorben.

# Ein zentralisiertes Deutschland fordert die tschechoslowakische Regierung in einem Memorandum an die Sonderbeauftragten der vier Außenminister in der Deutschlandfrage, da ein deutscher Bundesstaat die Kontrolle der Alliierten schwächen würde.

# Der Gouverneur des Staates Pernambuco wird auf Grund des letzten Wahlergebnisses in Brasilien ein Kommunist sein; ferner liegt im Staate Sao Paulo der brasilianische Kommunist Ademar de Barros gegen den Widerstand der kirchlichen Parteien in Führung um den Gouverneursposten.

# Der frühere US-Handelsminister Waller entwickelt in seiner Wochenschrift „New Republic“ sein Programm, in dem er weitgehende Abrüstung, Verwendung der Atomenergie nur für friedliche Zwecke, Stärkung der UN und Verständigung mit der Sowjetunion fordert.

## Deutschland RUNDschau

# Ein Friedenskongress der deutschen Frauen wird vom 7. bis 9. März in Berlin stattfinden. Bei dieser Gelegenheit wird die Gründung eines demokratischen Frauenbundes Deutschlands erfolgen.

# Abstimmung über Sozialisierung des Ruhrbergbaus fördert jetzt neben KPD und FDP auch der Industrieverband Bergbau auf einer Zonenkonferenz in Bochum.

# Ernteergebnis 1946. Nach amtlichen deutschen Statistiken soll die Kartoffelernte der US-Zone um 19 Prozent niedriger sein als 1945. Die Heuernte um 20 v. H. und die Futtermittelenernte um 16 v. H. Die Zuckerrübenenernte dagegen wurde verdoppelt und die Weißkohlernte war um 88 Prozent höher als 1945. Ziffern für Getreide sind nicht verfügbar.

# Erntestatistik angezweifelt. Von amerikanischer Seite werden Zweifel geäußert, ob die Zahlen der deutschen Erntestatistiken zutreffen. Für das Jahr 1946 sei die Größe der landwirtschaftlich genutzten Flächen und deren Erträge zu niedrig angegeben. Einige Ernterobren hätten gezeigt, daß die Kartoffelernte niedriger angegeben worden sei.

### Achtung! Politisch Verfolgte!

Alle politisch Verfolgten werden aufgefordert, umgehend eine ausführliche Schilderung einzusenden über die ehemaligen Gestapobeamteten Gerst und Frietsch und alle anderen Mannheimer Gestapoknechte. Aus den Schilderungen soll hervorgehen, mit welchen brutalen Mitteln bei Vernehmungen und Verhaftungen vorgegangen wurde.

Ferner werden alle ehemaligen politischen Häftlinge, die nach dem 8. Dezember 1941 in den Konzentrationslagern Mauthausen, Flossenbürg oder in deren Außenlager oder Außenkommandos waren, aufgefordert, sich umgehend schriftlich zu melden.

Meldungen und Einsendungen sind zu richten an die Kreisbetreuungsstelle der vom Naziregime politisch Verfolgten in Mannheim, Luisenschule, Zimmer 19.

### Helft der Jugend!

Mit dem Zusammenbruch der Hitlerherrschaft brach für Millionen deutscher Jugendliche ein vermeintliches Ideal zusammen. Auf das tiefste erschüttert und bis ins letzte verwirrt steht die deutsche Jugend heute vor dem Ruin. Die bittere Erkenntnis bricht sich Bahn, verführt, betrogen, in Not und Tod gehetzt für die Profitgier einer Kriegsinteressentengruppe.

**Wie reagiert ein großer Teil der Jugend auf diese Erkenntnis?**

Die Rufe zur Mitarbeit am Aufbau der Demokratie, am Aufbau Deutschlands werden hohnlächelnd mit „nie wieder sich für etwas einsetzen“ beantwortet. „12 Jahre sind wir marschiert, 6 Jahre haben wir auf alle, auch die kleinsten Freuden verzichtet. Wir wollen jetzt leben, tanzen, all das nachholen, was wir versäumt haben. Bleibt uns mit Mitarbeit und Einsatz vom Leibe.“ Viele Jugendliche betrachten das Leben als sinnlos. Mißtrauisch stehen sie selbst den wirklichen Freunden und Helfern gegenüber.

Diese Einstellung der Jugend birgt aber eine große Gefahr in sich.

Die Reaktionen, die Schuldigen am Unglück der Jugend, treten auf den Plan. „Die Jugend ist verwahrlost, sie muß strenger angefaßt werden, straffere Zucht und Ordnung, straffe Führung“ verlangen diese Reaktionäre. Bezeichnend dafür ist, daß die CDU in Frankfurt die Einführung eines

#### Achtung!

#### Willi Boepple, M. d. L.

spricht am 24. Februar, 19.30 Uhr, im Heidelberger Rundfunk.

#### Berichtigung

Der Arbeitsminister Kohl spricht am 25. Februar 1947, 15.00 Uhr in einer Betriebsversammlung der Waggonfabrik Fuchs, Heidelberg-Kirchheim, über das Thema: **Arbeitsrecht.**

Arbeitsdienstes für die Jugend vorschlag. Wir lehnen das ab, weil wir noch zu gut die Entwicklung kennen, die mit dem Arbeitsdienst ihren Anfang genommen hat. Freiwilliger Arbeitsdienst — RAD — Wehrmacht — Heldentod. Um die „Verwahrlosung der Jugend“ zu verhindern bedarf es anderer Mittel und zwar der Hebung des Lebensstandards der Jugend, der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage.

Wir betrachten es als dringendste Aufgabe, der deutschen Jugend zu helfen. Wir haben zu diesem Zwecke im Diskussionsklub der „German Youth Active“ in der Leibnizstraße 23 folgende

**Sofortmaßnahmen zur Linderung der Not unserer Jugend** vorgeschlagen:

1. Bereitstellung von Heimen für eltern- und heimatlose Jugendliche.
2. Errichtung von Lehrwerkstätten.
3. Erweiterung der Schulpflicht einschl. der Speisung der Jugendlichen in den Betrieben.
4. Jugendliche in öffentliche Ämter (speziell Stadtjugendamt, Arbeitsamt, Jugendgericht).
5. Errichtung von Aufenthaltsräumen mit angeschlossener Bücherei für die Jugend.
6. Spezielle Jugendveranstaltungen in Theater und Kino, Konzerte für die Jugend.
7. Vorträge über andere Länder und Staaten als Mittel zur Bildung und Völkerverständigung.
8. Einrichtung eines Jugend-Forums zur politischen Orientierung der Jugend.
9. Heranziehung der Jugend bei der Durchführung dieser Maßnahmen.

Wenn man diese Sofortmaßnahmen in kurzer Zeit Wirklichkeit werden läßt, dann sieht die Jugend, daß man nicht nur Worte, sondern auch Taten für sie übrig hat. Sie wird Vertrauen zur Demokratie und ihren Lenkern bekommen, sie wird sich aktiv in den Aufbau Deutschlands einschalten und, was wir nicht vergessen wollen, der Not und dem moralischen Verfall ist bis zu einem gewissen Grade Einhalt geboten.

### Holzschrauben-Episode

Holzschrauben sind heute Mangelware, drum geht Fritz Meier ungeheißend; denn das ist üblich so im Lauf der Jahre, zum Wirtschaftsamt, Abteilung „Eisen“.

Der Beamte lächelt überlegen, tut bürokratisch, dunkelhaft. „Mein Herr, Sie sind auf falschen Wegen. Sie müssen zur Abteilung „Holzwirtschaft“.“

Fritz Meier muß um Fassung ringen, er fragt sich, ob er denn wohl träume, doch denkt er „Götze von Berlichingen“ und flieht die edlen Räume.

Diese kleine Episode sie ist wahrhaftig vorgekommen, es scheint wohl eine neue Mode, daß Schrauben jetzt aus Holz gewonnen.

Kurt Wolfinger, Karlsruhe.

### Gemeinsame Protestkundgebung der KPD und SPD

Aus Anlaß der neuerlichen Bombenattentate fand am Sonntag, den 9. Februar 1947 in Mannheim-Sandhofen eine von der KPD und SPD gemeinsam einberufene Protestkundgebung statt.

Nach den von dem Landtagsabgeordneten Willi Boepple (KPD) und dem Ortsgruppenleiter Sedlaczek (SPD) gehaltenen Referaten nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

#### Resolution

„Was bis heute in der Frage der Entnazifizierung getan wurde, entspricht weder den politischen Notwendigkeiten noch dem Gerechtigkeitsinn des Volkes. Die ergangenen Urteile verfallen der Lächerlichkeit und das Sprichwort von den Großen, die man laufen läßt und den Kleinen, die man hängt, bewahrheitet sich immer mehr.“

#### Wir fordern:

1. Für die Besetzung der Spruchkammern nur ehrliche und aufrichtige Demokraten, sowie Einschaltung der Gewerkschaften.
2. Sofortige Einleitung der Verfahren gegen die belästigten Großen und Annullierung sämtlicher bisher ausgesprochener Gefälligkeitsurteile.
3. Schärfste Bestrafung der Bombenattentäter, Terroristen und versteckten Angreifer auf unseren jungen demokratischen Staat.
4. Volles Mitbestimmungsrecht in den Betrieben zur restlosen Säuberung der Wirtschaft.“

### Militarist Viebig vereidigt Mannheimer Polizei

Seit mehr als einem halben Jahr befassen wir uns in diesen Spalten mit dem bisherigen Kommandeur der Mannheimer Schutzpolizei, Viebig. Der Personalausschuß und der Stadtrat von Mannheim sind einstimmig zu der Ueberzeugung gekommen, daß Viebig als notorischer Militarist an leitender Stelle des Polizeiwesens einer Stadt wie Mannheim unmöglich ist, da er keine demokratische Amtsführung gewährleistet.

#### Neuer Leiter der Schutzpolizei berufen

Die Stelle des Leiters der Mannheimer Schutzpolizei wurde ausgeschrieben und der Stadtrat von Mannheim hat einstimmig aus einer größeren Zahl von Bewerbern seine Wahl getroffen. Es steht lediglich noch die Zustimmung der Militärregierung für den künftigen Leiter der Schutzpolizei aus.

#### Viebig soll „die Treppe hinauffallen!“

Wie wir in unserer letzten Nummer berichteten, wandte sich Viebig, wärmstens empfohlen durch maßgebende Persönlichkeiten der Mannheimer Stadtverwaltung, nach Ulm, wo er mit seinem inzwischen in Mannheim erworbenen Reitpferd und einem beschlagnahmten und ihm überreichten Personenwagen als leitender Polizeibeamter einzuziehen hoffte. Inzwischen hat man aber auch in Ulm Lunte gerochen und verzichtet auf den Militaristen Viebig, genau so, wie es die Landespolizei Württemberg-Baden tut, bei der er die „Treppen hinauffallen“ hoffte.

#### Militarist Viebig vereidigt demokratische Polizei

Nun hört die erstaunte Mannheimer Bevölkerung vor einigen Tagen, daß ausgerechnet Herr Viebig, ausgesprochener Militarist und Antidemokrat von Natur aus, ein Mann, den wir lieber heute als morgen aus dem Mannheimer Polizeiwesen verschwinden sehen, in diesen Tagen die neuen Mannheimer Polizeibeamten vereidigt hat! Das hat gerade noch gefehlt, daß ein Militarist die Angehörigen eines demokratischen Polizeikörpers vereidigt! Die Mannheimer Bevölkerung ist schon äußerst beunruhigt über den schleppenden Gang der Dinge und fordert, daß die einstimmigen Stadtratbeschlüsse auf Entlassung von Viebig und Neubesetzung der Stelle des Leiters der Mannheimer Schutzpolizei durch einen zuverlässigen Demokraten sofort in die Tat umgesetzt werden!

#### Diktatorische Abstimmungsmanöver!

Um die eigenartigen Vorgänge bei der Mannheimer Polizei noch zu krönen, erfahren wir soeben, daß Viebig dieser Tage in einer Besprechung erklärt hat, er würde in Mannheim nur der Gewalt weichen. Das ist der Gipfel der Frechheit! Außerdem erklärte er, daß er in den

### Gedenktage DER WOCHE

- 13. 2.: 1945 Budapest von der Roten Armee besetzt.
- 14. 2.: 1468 Johann Gutenberg, Erfinder der Buchdruckerkunst, in Mainz gestorben.
- 15. 2.: 1937 Johann Eggert, Arbeiterführer, hingerichtet.
- 1781 Gotthold Ephraim Lessing gestorben.
- 1564 S. Galilei geboren.
- 16. 2.: 1834 Ernst Haeckel, Naturforscher, geboren.
- 1497 Philipp Melanchton, Reformator, geb.
- 17. 2.: 1919 Generalstreik im Ruhrgebiet für die Sozialisierung des Bergbaus.
- 1892 Theodor Plivier geboren.
- 1856 Heinrich Heine im Pariser Exil gest.
- 1827 Heinrich Pestalozzi gestorben.
- 1673 J. G. Molière gestorben.
- 1600 Giordano Bruno als Ketzer verbrannt.
- 18. 2.: 1942 Hilde Jadanowitz wegen illegalen Kampfes gegen Hitler hingerichtet.
- 1564 Michelangelo, Bildhauer und Maler der Renaissance, gestorben.
- 1546 Martin Luther gestorben.
- 19. 2.: 1943 Hinrichtung der Münchener Studenten Hans und Sophie Scholl, Prof. Karl Huber und viele andere Antifaschisten verhaftet und später hingerichtet.
- 1837 Georg Büchner, Dichter, radikaler Demokrat, im Exil gestorben.
- 1473 Kopernikus geboren.

nächsten Tagen innerhalb des Polizeikörpers abstimmen lassen wolle und die feste Ueberzeugung habe, daß mindestens 95 Prozent der Beamten für ihn stimmen würden. Dieses Abstimmungsergebnis wolle er dann dem Stadtrat vorlegen.

#### Viebig muß gehen!

Das Verhalten des Reaktionärs Viebig droht allmählich zum öffentlichen Skandal auszuwachsen. Dieser Mann als Leiter der Mannheimer Schutzpolizei stellt eine Gefahr für den Aufbau der Demokratie dar! Keinen Tag länger darf der Militarist, Antidemokrat und Reaktionär Viebig sein Treiben bei der Mannheimer Polizei fortsetzen!

### Diebstahl von Lebensmittelkarten beim Ernährungsamt Mannheim

In Mannheim und Umgebung wurde im Laufe der verfloßenen Monate ein schwinghafter Handel mit Lebensmittelkarten festgestellt. Man konnte solche für hohe Preise auf dem Schwarzen Markt kaufen.

Vor wenigen Tagen wurde nun plötzlich der Leiter der Hauptkartenstelle am Ernährungsamt Mannheim

#### Julius Lemmin

verhaftet.

Es stellte sich heraus, daß dieser Beamte am laufenden Band tausende und abertausende Lebensmittelkarten aus verschlossenen Räumen gestohlen hat und sie in den Verkehr auf den Schwarzen Markt brachte. Den Verkauf dieser Karten besorgte Lemmin nicht selber, sondern bediente sich hierzu einer ganzen Anzahl anderer Personen, die nun ebenfalls verhaftet wurden. Lemmin betrieb also den Diebstahl im großen und als rentables Geschäft.

Als wir von einigen Wochen in unserer Volksstimme auf die Unterschlagung von über 1000 Ztr. Mehl, auf die Einbrüche und Diebstähle von Lebensmittelkarten in den Bezirksstellen des Ernährungsamtes hinwiesen, war es das Landesernährungsamt in Karlsruhe, das uns beschuldigte, wir hätten die Unwahrheit geschrieben. Wie damals, so richten wir auch heute wieder an die übergeordneten Stellen des Ernährungsamtes Mannheim, sowie an die Leitung des Landesernährungsamtes Karlsruhe die Frage:

Wie war es möglich, daß ein höherer Beamter des Ernährungsamtes Mannheim Diebstähle von Lebensmittelkarten lange Monate hindurch betreiben konnte? Den Herren in Karlsruhe und Mannheim war doch die Tatsache, daß Lebensmittelkarten auf dem Schwarzen Markt massenweise gehandelt wurden, bekannt! War das für sie nicht Ursache, bei den ihnen unterstellten Ämtern eine schärfere Kontrolle durchzuführen? Aber nichts dergleichen geschah, denn sonst hätte dieser Diebstahl gleich von vornherein aufgeklärt werden müssen. Schuldig ist aber nicht nur der, der die Diebstähle begangen hat, sondern mitverantwortlich, daß sie in dem Umfange begangen werden konnten, sind

#### alle übergeordneten Stellen.

Wir verlangen deshalb strengste Untersuchung dieses Falles und schärfste Bestrafung der Schuldigen. Die Mannheimer Bevölkerung hat ein Recht, dies zu fordern, sie hat es umso mehr, weil man den Schwerarbeitern vor wenigen Tagen die Hälfte ihrer Zulagen gestrichen hat, während hier viele tausende Lebensmittelkarten gestohlen und auf Grund der hohen Preise, die hierfür im Handel bezahlt werden, nur von denen gekauft werden können, die über große Geldmittel verfügen.

Dieser Fall zeigt erneut, wie notwendig es ist, Ausschüsse einzusetzen, die auf breiter Grundlage von der Bevölkerung gewählt und hier mitbestimmend tätig sein müssen. Diese Ausschüsse müssen zur Mitwirkung und Mitkontrolle bei den öffentlichen Stellen unbedingt geschaffen werden.

Im „Tempo“ der Zeit . . . .



In 2930 Jahren  
2 Nazis noch im „Eli“-Verfahren,  
der Letzte freut sich, wie ihr seht,  
weils „1000jährige“ doch besteht!

Unter der Lupe

Mannheim

Schon in die vierte Woche geht die nun ununterbrochen anhaltende Kälte mit ihrem Mangel an Feuerungsmaterial. Mutet es da nicht eigenartig an, daß nun schon im zweiten Jahre nach dem Zusammenbruch auf den Trümmern Balken und Brennholz herumliegen, ohne daß der betreffende Trümmerbesitzer daran denkt, dieselben einer Verwendung zuzuführen. Besonders kraß treten solche Zustände in den Vororten zutage, in denen Fälle festzustellen sind, wo zusammengebrochene Gebäude noch genau so daliegen, wie in der Stunde des Zusammenbruchs, ohne daß der betreffende Besitzer auch nur einen Finger krumm macht, um das langsam verfallende Holz wenigstens Menschen zu überlassen, die dringend Heizmaterial benötigen.

Es muß hier an das Hochbauamt die Forderung gerichtet werden, solche Zustände umgehend zu beseitigen und dafür zu sorgen, daß die dem Verderb ausgesetzten Holzbestände sofort der armen minderbemittelten Bevölkerung überlassen werden, da dieses Holz, das nun schon jahrelang allen Witterungseinflüssen ausgesetzt ist, doch nicht mehr zu Brennmaterial verwendet werden kann, ganz abgesehen davon, daß die Besitzer solcher brachliegenden Objekte sich aufs schwerste am allgemein geforderten Wiederaufbau verweigern.

Mannheim-Waldhof

Man schreibt uns:  
„Eine typische Vertreterin der Nazideologie scheint die schon aus dem Dritten Reich sattsam bekannte Lydia Schmitt, Tochter der Eisengießerei Schmitt Söhne in Mannheim-Waldhof zu sein. Nicht genug damit, daß sie vor dem Umbruch als fanatische Vertreterin der Machtrauschpolitik ihres „Führers“ huldigte, entblödet sie sich nicht, in einer der vor einigen Tagen stattgefundenen Veranstaltung im Lokal Trunzer ihre auch heute noch vorhandenen Nazideen öffentlich an den Tag zu legen.“

Wir hoffen, der Spruchkammer mit diesem Hinweis einen Dienst getan zu haben.

Karlsruhe

Folgende interessante Anfrage scheint uns der Veröffentlichung wert:

„Heute hörte ich, daß der Zuzug nach dem Kreise Karlsruhe gesperrt ist. Dies trifft anscheinend für nachweislich aktive Offiziere aus der Ostzone nicht zu, da denselben der Zuzug ohne weiteres genehmigt wird.“

Was sagt der Flüchtlingsreferent hierzu?

Lauda

In Lauda besteht eine Flüchtlingsbetreuungsstelle, die ein Herr Josef Dipong, angeblich seines Berufes nach Ingenieur (?), leitet. Wie dieser Vertrauensmann der Flüchtlinge sein Amt ausübt, erhellt folgender Vorgang:

Herr Dipong dringt abends in die Wohnung einer Flüchtlingsfamilie ein, kontrolliert, ob fremde Männer anwesend sind, und bezeichnet die Wohnung der Familie als Bordell.

Diese Gestapo-Manieren entsprechen den Äußerungen, welche volksdeutsche Flüchtlinge aus Ungarn immer wieder über ihn machen:

Herr Dipong sei kein Ungar, sondern Rumäne!

Die ganze Verwandtschaft des Herrn Dipong sei nicht ausgewiesen, nur er befindet sich in Deutschland!

Die Frau, mit der Herr Dipong in ehelicher Gemeinschaft lebt, sei gar nicht seine Ehefrau, sondern eine Bekanntschaft aus dem Flüchtlingszug.

Könnte dem Herrn Dipong nicht der Boden in Rumänien etwas zu heiß geworden sein, vielleicht gar wegen der faschistischen Eisernen Garde?

Strümpfelbrunn

Mit dem äußerst anrühlichen Gebaren des CDU-Bürgermeisters, Kreisrats und Kreislandwirts, sowie Landtagskandidaten Arthur Steck in Strümpfelbrunn beschäftigte sich in zweitägiger Verhandlung des Moebacher Strafgericht. Steck hatte sich nicht geschämt, einen Antifaschisten wegen Beleidigung in 30 Punkten anzudeuten. In nicht weniger als 26 Punkten wurde dieser freigesprochen, ein Beweis dafür, daß Steck immerhin in 26 Punkten mit zum Teil ganz üben vorurteilen belastet ist. Allein fünf Zeugen sagten unter Eid aus, daß dieser famose CDU-Bürgermeister hat ihm arbeitende Polen durch Schläge mißhandelt hat. Man hätte erwarten sollen, daß der zuständige Landrat Dörzbacher das größte Interesse daran hat, in

Gegen das Anbauverbot für die Hybridenrebe

Im Stadttell Mannheim-Käfertal wurde neuerdings eine Aktion gegen den Anbau der Hybriden-Reben (Amerikaner-Reben) unternommen. Die Bauern und Kleingärtner sollten die vorhandenen Hybridenstöcke herausreißen. Unser Genosse Paul Schreck hat im Mannheimer Stadtrat gegen dieses Vorhaben Stellung genommen. Vom Oberbürgermeister wurde daraufhin versichert, daß das Herausreißen der Hybridenreben so lange unterbleibt, bis eine neue gesetzliche Regelung getroffen ist.

Die Hybride (Amerika-Rebe) unterscheidet sich von den europäischen Edelweinsorten durch ihre größere Ertragsfähigkeit. Dabei stellt sie geringe Ansprüche an Boden und an das Wetter und trägt fast jedes Jahr. Von vielen Bauern und Kleingartenbesitzern wird die Hybride angepflanzt, um ein Hausgetränk zum eigenen Verbrauch erzeugen zu können.

Schon in der Weimarer Republik hatte der Kampf um die Hybride sehr heftige Formen angenommen. Der Anbau der Hybride wurde 30 km im Umkreis von Edelweinsbaugebieten gänzlich verboten. Dieses Verbot hatte schon damals den Widerspruch vieler Weinbauern hervorgerufen und an manchen Orten kam es zu heftigen Protesten und Demonstrationen. Das Verbot wurde erlassen auf Betreiben der großen Weinbergbesitzer, die die Konkurrenz der billigen Amerikanerweine für ihre Edelweine fürchteten.

Im dritten Reich wurde das Gesetz gegen den Anbau der Hybriden mit aller Schärfe und Rigorosität durchgeführt.

Viele Weingärtner und Bauern mußten in den Jahren des Hitlerismus ihre Weinstöcke herausreißen und wurden im Falle des Widerstandes mit KZ und Gefängnis bedroht. In manchen Gegenden unseres Landes gibt es heute große Flächen, die verödet sind, weil unter Hitler die Weinstöcke herausgehauen werden mußten.

In der Landbevölkerung herrscht große Erbitterung darüber, daß noch keine zeitgemäße Revision des unhaltbaren Gesetzes durchgeführt wurde. Bei uns liegen Zuschriften vor, die zu dieser Frage Stellung nehmen und eine Revision dringend fordern. Eine Zuschrift nimmt gegen das „Württembergische Wochenblatt für die Landwirtschaft“ Stellung, welches behauptet, daß der Edelweinsanbau durch die Anpflanzung von Hybridenreben in Gefahr sei. Es heißt dann weiter: „In dem Maße, wie einst die Amerikanerreben besätigt wurden zum Gaudium der Großweinsbergbesitzer, ist auch der Edelwein von der Bildfläche verschwunden . . . Millionen fragen sich schon lange,

warum wir die Hybriden nicht pflanzen sollen, die jedes Jahr große Erträge liefern, ohne spritzen und schwefeln zu müssen, zumal gewisse Spritzmittel im Ausland bezogen werden müssen . . .“ Der Einsender fragt schließlich, wo der Wein in diesem Jahre geblieben sei bei der reichlichen Ernte. Fest steht, daß durch den Anbau der Hybride für viele minderbemittelte Volksschichten ein billiger Tischwein in großer Menge erzeugt werden könne.

Die Kommunistische Landtagsfraktion hat sich die Sorgen der Bauern und Kleingärtner und der übrigen Volksmassen zu eigen gemacht. Sie hat einen Antrag in Vorbereitung, der eine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen fordert und der in den nächsten Sitzungen des Württembergisch-Badischen Landtags zur Debatte gestellt wird.

Gräfliches von Erbach-Erbach

Von der blaublütigen Domäne Erbach im Odenwald erzählte mir ein Reisender schon vor 1933 Unglaubliches über die braune Einkleidung der Domestiken und deren militärische Bewegungen, die der Graf schon damals verlangte. Dieser Graf Alexander von Erbach-Erbach hatte sich vor der Spruchkammer wegen seiner seit 1937 bestehenden Mitgliedschaft zur NSDAP, Reichskriegerbund, Reichsjägerschaft und Reichsnährstand zu verantworten. Der Graf hat in seinem Betrieb die niedrigsten Leistungen sämtlicher landwirtschaftlicher Betriebe aufzuweisen und verlangte sich 1,5 Prozent seines Grundbesitzes zur Errichtung eines Versuchsgutes abzugeben. Schon vor 1933 hatte er als Stahlhelmführer ein bewaffnetes Kommando in Erbach stehen. Er betrieb die Abdankung des demokratischen Bürgermeisters. 1944 sandte er ein Ergebenheitstelegramm an Hitler wegen der „Errettung des Führers“. Er mißhandelte eine Fremdarbeiterin.

Der öffentliche Kläger beantragte die Einreihung in die Gruppe II, ein Jahr Sonderarbeit und Einziehung von 75 Prozent des gräflichen Vermögens. Durch die christliche Haltung der gräflichen Familie ergab sich scheinbar ein Minderungsgrund, da die Kammer ihn in die Gruppe der Minderbelasteten einreichte. 75 Prozent seines Vermögens werden eingezogen. Die Domäne des Aulbacher Gebietes und das Jagdschloß wurden eingezogen für Siedlungszwecke und ein Erholungsheim.

Brachland wird kultiviert

Ein Leser unserer Volksstimme schreibt uns:

„Wie lange muß noch die schöne Erde um uns herum brachliegen, bis sie wieder in kulturfähigen Zustand versetzt wird. Es handelt sich hier im Sandgewann 73 (zwischen Waldhof-Luzenberg-Käfertal) um mindestens 300 Ar. Hier gab es doch vor Jahren auch Kartoffeln, Korn und sogar Wein. Muß denn das wirklich so sein, wo es uns an allen nötigen Nahrungsmitteln fehlt!“

Unser Leser hat mit dieser Zuschrift eine wichtige Frage angeschnitten. Die Kultivierung der zahllosen Brachflächen innerhalb der Mannheimer Stadtgrenze. Nicht nur zwischen Waldhof-Luzenberg, Käfertal, sondern in ganz Mannheim findet man noch viele größere und kleinere Flächen, um die sich kein Mensch kümmert. Ehemals, als es noch genügend Lebensmittel zu kaufen gab, da sah

seinen ihm unterstellten Gemeindeverwaltungen nur einwandfreie, wirklich demokratische Beamte amtieren zu sehen. Die Verhandlung hat jedoch bewiesen, daß anscheinend auch der Landrat sich mit den Methoden eines Steck identifiziert. Man hätte zum mindesten erwarten müssen, daß Steck sofort seines Amtes enthoben wird. Was gedenkt übrigens das Ministerium des Inneren in diesem Falle zu tun?

Wilferdingen

Bei einer Markenabrechnung fehlten dem Metzgermeister

Albert Zachmann in Wilferdingen Fleischmarken für rund 300 Pfund. Das Wirtschaftsamt Pforzheim-Land verhängte als Strafe dafür eine Buße von 300 Mark.

Damit ist der Fall abgetan.

So glaubt wenigstens das Wirtschaftsamt Pforzheim. Die Öffentlichkeit verwahrt sich jedoch ganz entschieden gegen solche Treibereien und sieht in dieser lächerlich niedrigen Buße einen direkten Anreiz für andere Geschäftsleute, ebenfalls einen Teil ihrer Ware auf krummen Wegen abzusetzen. Mit vollem Recht wird die sofortige Schließung von Geschäften verlangt, die derart verantwortungslos mit den sowieso knapp bemessenen Lebensmitteln umgehen.

In diesem Zusammenhang kann uns vielleicht die Bahnmeister Wilferdingen Auskunft geben, wohin der Waggon Wein kam, der vor kurzer Zeit einlief und mit dem Inhalt „Radschuhe“ deklariert war.

Pforzheim

Die Sprechstunden der Kommunistischen Partei sind wie folgt festgesetzt:

Montag bis einschließlich Samstag 9-12 Uhr;  
Montag und Freitag außerdem von 5-7 Uhr.

man dort Gärten und Äcker, wo jetzt in der Zeit der größten Not nur Unkraut wächst. 300 Ar, das sind 150 Gärten à 200 Quadratmeter nur an dieser einen Stelle. Es ist bestimmt nicht zuyiel behauptet, wenn wir sagen, daß in Mannheim noch tausende Kleingärten angelegt werden könnten.

Die Frage der Kultivierung der Brachlandflächen war auch der Gegenstand einer Aussprache im Stadtrat anlässlich einer Debatte über die Verwendung der Rennwiesen. Man war der einmütigen Auffassung, daß in diesem Jahre keine Fläche unausgenutzt bleiben darf. Je nach Sachlage kommt die Anlage von Kleingärten oder der Anbau von Feldfrüchten im Großen in Frage. Das letztere wird überall dort der Fall sein, wo aus irgend welchen Gründen keine Kleingärten angelegt werden können. Es darf nun natürlich nicht bei dem bloßen Wunsch des Stadtrates bleiben, sondern die Kultivierung des Brachlandes muß Wirklichkeit werden. Jeder Mannheimer kann seinerseits dazu mithelfen, indem er Mitteilung macht über brachliegende Flächen.

Lauda

Für einen dauerhaften Neubau verwendet man kein faules Holz. Trotzdem erscheint der CDU in Lauda ihr Hugo Vierneisel

Oberlaudauer Straße, als Gemeinderat bestens qualifiziert und als Ortsbeauftragter für Landwirtschaft und Ernährung geradezu unerlässlich. Dieser CDU-Favorit hat folgende typische Karriere gemacht: Ortsbauernführer unter dem Naziregime, Nutznießer aus einem nazistischen Entschuldungsverfahren, durch das er sich auf Kosten seiner Gläubiger wirtschaftlich bestens sanierte, „Organisationskünstler“ im gros, CDU-Gemeinderat durch ungesetzliches Wahlmanöver, Ortsbeauftragter für Landwirtschaft und Ernährung.

Während der Nazikonjunktur goß dieser Gesinnungsakrobat ohne sachliche Veranlassung Unfaktik über Kirchen und „Pfaffen“ aus; heute schreitet derselbe als würdiger CDU-Jünger, eine brennende Kerze in Händen und angelockt vom „Lauda Sion“, scheinfromm wallend durch Laudas Straßen.

Wir fragen: Aus welchen Gründen bleibt die von der CDU getragene Gemeindeverwaltung Lauda gegen diesen christlich-demokratischen Gemeinderat so unempfindlich?

Denkt daran!

Bei den bevorstehenden Delegiertenwahlen in den Gewerkschaften und den Wahlen zu den Betriebsräten müssen auch Frauen und Jugendliche als Kandidaten aufgestellt und gewählt werden!

Herausgegeben von der Landesbezirksteilung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10 Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim, S 3, 10, Tel. Nr. 43260, Auflage: 50000, Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R L. Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Stuttgart, Fr. 10, 4, 46.